

Stadt, Land, Scholz: Wer ist schuld an Unnas Steuerdebakel?

Wer einen Fehler nicht korrigiert, begeht einen zweiten, sagt Konfuzius. In westfälischen Gärten hilft die fernöstliche Weisheit aber nicht, meint unser Autor.

Von Sebastian Smulka

Wer einen Bescheid von der Stadt bekommt, der seine Steuerlast auf ein Vielfaches der bisherigen steigen lässt, sieht schwarz auf weiß, an wen er sich zum Schimpfen wenden kann. Trotzdem führen die Kontaktmöglichkeiten im Gebührenbrief des Rathauses die Bürger nicht an die richtige Adresse. Denn „die Stadt“ allein verantwortlich zu machen für den Steuerschock, das greift tatsächlich zu kurz.

Richtig ist: Die Stadt – was diesmal Verwaltung und Politik gemeinsam meint – hat zwar etwas Gutes gewollt, aber zumindest in Teilen das Gegenteil erreicht.

Steuerbeschluss soll Gerechtigkeit schaffen

Mit der Festsetzung eines „differenzierten Hebesatzes“ für die Grundsteuer B greift die Stadt Unna bei „Nichtwohngrundstücken“ doppelt so kräftig zu wie bei Wohngrundstücken. Eigentlich sollte diese Entscheidung mehr Gerechtigkeit schaffen beziehungsweise eine Ungerechtigkeit verringern – nämlich die, dass Gewerbetreibende ein Steuergeschenk bekommen, das von der Wohnbevölkerung bezahlt wird.

Tatsächlich wirkt diese Regelung in vielen Fällen genau so, wie es politisch gewollt ist, nämlich steuerstabilisierend für Hauseigentümer oder deren Mieter. Dass aber auch private Gärten als „Nichtwohngrundstück“ gelten können und dann genau wie eines der bewusst stärker besteuerten Gewerbegrundstücke behandelt werden, dürfte tatsächlich einfach übersehen worden sein in der Debatte. Problem erkannt, Problem gebannt also? So einfach ist es vielleicht doch

nicht. Die Offenheit, mit der Politiker nun ein Missgeschick einräumen und zum Teil auch eine Korrektur einfordern, verdient zwar Respekt. Aber die Frage, wie dies denn nun geschehen soll, ist doch schwierig zu beantworten.

Soll Unna nun doch mit einem einheitlichen Steuersatz arbeiten? Das würde auch die Vorteile der Ausdifferenzierung nehmen. Will Unna insgesamt stabile Einnahmen aus der Grundsteuer erzielen, müsste die Stadt dann nämlich sämtliche Wohngrundstücke mit einem höheren Hebesatz belasten.

Die Linderung bei den Gartenfreunden wäre überschaubar. Ihr Hebesatz würde sinken, allerdings von den aktuell geltenden 1679 Prozent nicht etwa auf die 843 Prozent der Wohnbebauung, sondern auf die 1067 Prozent, die dann als „aufkommensneutraler Hebesatz“ für alle Grundsteuer-B-Zahler eingeführt werden müssten. Danach wäre die Gartensteuer merklich gesenkt, aber immer noch zu hoch.

Natürlich wirkt auch die Verdopplung des Hebesatzes für die Gärten erheblich. Wer aber sieht, dass in Königsborn einige Kleingärtner das 60- oder 80-Fache der bisherigen Steuerlast zahlen müssen, erkennt, dass das Missgeschick bei der Stadt nur einen kleinen Teil des Problems ausmacht. Eher ist das Finanzamt zu fragen, warum unbebaubares Gartenland nun wie ein Baugrundstück bewertet wird.

Aber auch dort wird man den Betroffenen berechtigt verweisen müssen: Weil man die Regelungen anzuwenden hat, die das Land NRW vom Bund übernommen hat. Der Bürger schließlich steht da vor macht- und ratlos. Irgendjemand sollte sich das Problem noch einmal von Grund auf neu vornehmen.



Jörg Scholz in Königsborn soll für seine Gartenfläche an der Dorotheenstraße künftig 400 Euro jährlich an Grundsteuern zahlen – 66-mal so viel wie im Vorjahr.

FOTO SEBASTIAN SMULKA

„Nicht auf dem Schirm gehabt“: Politik reagiert auf die „Gartensteuer“

Unna. Fälle, in denen Gartenbesitzer in Unna mit hohen Steuerforderungen konfrontiert werden, häufen sich. Die Politik gibt sich überrascht – und eher ratlos.

Von Sebastian Smulka

An der Dorotheenstraße hat sich die Grundsteuerlast privater Kleingärten teils verzehnfacht. Und in Unna-Süd soll Michael Kauke mit seinen Geschwistern fast 6000 Euro jährlich zahlen für eine unbebaubare Streuobstwiese. Auch aus Mühlhausen-Uelzen liegt uns die Beschreibung eines Falles vor, in dem ein eher ökologisch gestalteter Garten wie ein Baugrundstück besteuert wird.

„Für uns in der Lokalpolitik sage ich selbstkritisch, dass vielleicht niemand im Rat an die Gartenlandgrundstücke gedacht hat, als wir den differenzierten Hebesatz eingeführt haben.“

Sebastian Laaser (SPD-Fraktionschef)

Während Betroffene Sturm laufen und Klagen androhen, war es im politischen Raum ruhig in den Tagen nach Versand der Grundsteuerbescheide. Unsere Redaktion hakt nun nach und stößt in den Fraktionen auf eine Mischung aus Betroffenheit und Ratlosigkeit.

Mehrere Fraktionen wollen den Sonderfall „Gartenland“ nun noch einmal in ihren Sitzungen behandeln. Hoffnungen, im Sinne der Bürger noch etwas bewegen zu können, sind aber begrenzt. „Wir



Michael Kauke erhält bewusst den ökologischen Wert der Streuobstwiese hinter seinem Wohnhaus an der Iserlohner Straße. Baum- und Strauchschnitt etwa schichtet er zu Reisighecken für Igel und andere Tiere auf. Bewohnen oder bewirtschaften kann er die Fläche nicht. Trotzdem verlangt die Stadt Unna nun rund 5700 Euro Grundsteuer von Kauke und seinen Geschwistern.

FOTO UDO HENNES

befürchten, dass wir in einer Situation sind, in der sich derlei Ausreißer nicht vermeiden lassen“, erklärt Claudia Keuchel als Fraktionssprecherin der Bündnisgrünen.

Und sie ergänzt: „Das ist etwas, was wir bedauern. Der eigentliche Fehler aber liegt bei der Finanzverwaltung.“

Tatsächlich steckt in den Bescheiden, die den Grundbesitzern in Unna nun zugegangen sind, ein vorausgegangener Bescheid des Finanzamtes mit drin. Die Grundsteuer setzt sich aus zwei Faktoren zusammen, nämlich aus dem Messbetrag des Finanzamtes und dem Hebesatz der Kommune. war hat Unna seinen Faktor für die „Grundsteuer B Nichtwohngrundstücke“ mit dem Ratsbeschluss im Dezember

verdoppelt, in vielen Fällen aber tatsächlich immer noch den kleineren Anteil an der Steuerentwicklung. Für einen Garten in Königsborn ist ein Anstieg der Grundsteuerbelastung auf das 83-Fache belegt. Ohne den Verdoppler der Stadt wäre es aber immer noch ein Anstieg auf fast 42-Fache. Politiker in Unna zeigen Verständnis für die Verärgerung der Bürger – und für die Beschäftigten im Rathaus, die den Unmut dieser Tage abbekommen dürften.

„Für uns in der Lokalpolitik sage ich selbstkritisch, dass vielleicht niemand im Rat an die Gartenlandgrundstücke gedacht hat, als wir den differenzierten Hebesatz eingeführt haben“, räumt SPD-Fraktionschef Sebastian Laa-

ser ein. „Aber das Hauptproblem ist, dass wir als Kommune in dieser Angelegenheit abhängig vom Land sind.“

Weil NRW platt das Steuermodell der Bundesregierung übernommen hat, steigen die Messwerte auf eine nicht immer nachvollziehbare Weise. Andere Bundesländer haben eigene Lösungen gefunden und kommen damit zu gerechteren Ergebnissen.“

Politik bittet Bürger um Verzeihung

Auch CDU-Fraktionschef Rudolf Fröhlich räumt ein, von den Auswirkungen der neuen Steuerfestsetzung für Gartenlandgrundstücke überrascht zu sein.

„Diese Entwicklung hatte vermutlich keiner auf dem Schirm“, sagt er. „Und sie hat

auch niemand so gewollt.“ Die CDU werde das Problem nun in ihrer Fraktionsitzung behandeln.

Ähnliches kündigt die FDP an. „Wir für Unna“ hatte das Thema bereits auf der Agenda – und hat nun Fragen an die Verwaltung, deren „Aufklärung wohl doch nicht ganz optimal“ gewesen sei, wie Fraktionschefin Ingrid Kroll nun erklärt.

Klaus Göldner von der Freien Liste richtet die Bitte um Entschuldigung an die betroffenen Gartenfreunde.

„Als ich dafür gestimmt hatte, war mir nicht klar, was die Auswirkung wäre. Mir tut die Sache leid und ich finde, dass sie korrigiert werden muss.“ Vorschläge dafür erwartet Göldner nun vom Kämmerer.